

L 40000

1917

19. XI - 11. XII

Äußere Politik

37

13. XI. 1917

1

In Erwartung des russischen Friedensantrages.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In den hiesigen diplomatischen Kreisen waren bis zu den Abendstunden noch keinerlei Meldungen eingelangt, aus denen man ein Bild über die Vorgänge in Petersburg und Rußland, wie sie sich nach dem gescheiterten Sandstreich der Maximalisten gestaltet haben, gewinnen könnte. Die neue Regierung hat offenbar alle Hände voll zu tun, um die rasch errungene Macht militärisch zu befestigen und gegen die Angriffe festzuhalten, die ihr drohen oder die in diesem Augenblick vielleicht schon im Gange sind. In solcher Lage findet es das maximalistische Kabinett vielleicht nicht opportun, die Petersburger Telegraphen-Agentur allzu sehr zu bemühen und über wichtige Dinge Meldungen, die durch die Tatsachen allzu rasch überholt werden könnten, in die Welt senden zu lassen. Auch so können wir uns leicht vorstellen, wie aufs äußerste gespannt die Situation in der russischen Hauptstadt sein muß, die im Laufe der letzten Monate an einen raschen Wechsel ihrer Gebieter sich hat gewöhnen müssen. Die Bolschewiki haben den früheren Kriegsminister Werchowski aus seinem finnischen Exil zurückberufen und sollen gar, was allerdings nicht ganz glaubwürdig klingt, die Absicht haben, ihm die militärische Diktatur zu übertragen. Der erst jüngst gemäßregelte Demokrat im Generalstab gegen den schon längst als Feldherrn der Reaktionären entlassenen Kornilow: — die russische Geschichte der Gegenwart liebt die dramatischen Ausfälle, die sensationellen Anwürfe, und sie erleichtert das Verständnis ihres wechselvollen Verlaufes durch die Verkörperung politischer Richtungen in scharf umrissenen Persönlichkeiten. Zwischen den beiden Parteien wird es zum Kampfe kommen oder ist es schon zum Kampfe gekommen, und diesmal bürgt der Charakter eines Lenin dafür, daß es nicht wieder einen komödiantischen Scheinkampf, wie seinerzeit zwischen Kerenski und Kornilow, sondern eine ernstliche und blutige Auseinandersetzung geben wird, die mit ganzen Entscheidungen endigen muß.

Wie dieses Ende ausgehen wird, kann heute niemand voraussagen; die Stärke der Streitkräfte, die hier einander gegenüberstehen, die Verteilung der Sympathien in der Zivilbevölkerung, hundert andere Faktoren, die bei dem Entscheidungskampf um die höchste Macht in Rußland eine Rolle spielen, sind unbekannt und unberechenbar, unbekannt auch den politischen und publizistischen Kreisen der Entente. Diese sind, obwohl durch manche Anzeichen gewarnt, und trotz der, wie man nachträglich erkennt, erstaunlich offenerzigigen Ankündigungen der Maximalisten, die ihre Aktion gar nicht wie regelrechte Verjämmerer, sondern bei hellem Tageslicht vorbereiteten, von den Petersburger Ereignissen völlig überrascht worden. Geradezu verblüffend wirkt die Lektüre der Pariser Zeitungen aus den Tagen unmittelbar vor Ausbruch der neuen Revolution. Man war in Paris nicht nur ahnungslos, sondern eben damals von einer schönen Zuredung in die Festigkeit der russischen Dinge und die Unerschütterlichkeit der Bündnistreuen und kriegsentschlossenen Regierung Kerenski erfüllt. Umso härter traf sie der unerwartete Schlag. Sie quittierten ihn mit Butzgeul und Drohungen. Die russischen Männer, die sich nicht für ein französisches Gieß-Lothringen zu begeistern vermögen, sind „wahnwitzige Verbrecher“, denen mit großer Bestimmtheit baldigste Verjämmerung geweissagt wird. Der Botschafter Buchanan, der zuerst Petersburg verlassen wollte, hat sich dazu doch entschlossen, zu bleiben, ohne daß man recht erkennt, ob er hofft, bald wieder mit seinem ergebenen Freunde Kerenski das alte Spiel aufnehmen zu können, oder fürchtet, daß sein Land sich über kurz oder lang mit dem verwünschten Lenin wird befreunden müssen. Irgendeine Gewißheit darüber, wer in der nächsten Zukunft der Herr Rußlands sein wird, hat trotz ihres vorbildlichen Spionage- und Nachrichtendienstes auch die Entente nicht, und sie begnügt sich in dieser Lage mit einem frommen Wunsch, der in der merkwürdigen Meldung sich verrät, daß England im Notfall die höchste Macht in Rußland übernehmen würde. Volksabstimmungen über die Regierungsform, die nicht nach dem Wunsche der Entente ausfallen, müssen sich offenbar erst kleine Korrekturen gefallen lassen.

Wenn nun aber die Entente, die immerhin in der Lage sein müßte, sich über die russischen Dinge rasche und zuverlässige Informationen zu beschaffen, über das Kommende so völlig im unklaren ist, so ist es selbstverständlich, daß die Diplomatie der Mittelmächte erst recht darauf angewiesen ist, in kaltblütiger Ruhe abzuwarten, wie sich die Revolution entwickeln und welchen Ausgang sie nehmen wird. Es kann nicht die Rede davon sein, daß sie irgendeinen als wahrscheinlich errechneten oder wünschenswerten Ausgang vorwegnimmt, um danach ihre Haltung zu den russischen Ereignissen zu orientieren. An maßgebender Stelle wurde heute abend insbesondere betont, daß es entgegen den in manchen Kreisen geäußerten Auffassungen als ganz ausgeschlossen

erscheinen müsse, daß die Regierungen der Mittelmächte zu dem Friedensbeschluss des Kongresses der Sowjets unverweilt Stellung nehmen. Die Meinung, als ob dies ein gangbarer Weg wäre, um das Friedensproblem rasch in Fluß zu bringen, ist, wie eine einfache Ueberlegung zeigt, völlig irrig. Es steht erstens fest, daß wir es vorläufig nur mit einer vom Sowjetkongress durch Abstimmung gebilligten Anweisung an die Leninische Regierung zu tun haben, bei den kriegführenden Regierungen einen annektionslosen Frieden und sofortigen Waffenstillstand zum Zweck der Einleitung von Verhandlungen zu beantragen. Es ist auch anzunehmen, daß die Regierung sich diesen Beschluss zu eigen machen wird; aber eine Sicherheit darüber besteht in diesem Augenblick nicht, und selbst wenn man die höchste Wahrscheinlichkeit dafür annimmt, so weiß man doch nicht, in welchem Umfange die Auffassung der Regierung mit dem Beschlussantrag der Sowjets übereinstimmt. Das Wesentlichste aber ist, daß der durch den Kongress der Regierung empfohlene Friedensantrag von dieser tatsächlich noch nicht gestellt ist. Weder hier noch in Berlin ist, sei es auf direktem, sei es auf indirektem Wege, eine diesbezügliche Mitteilung der russischen Regierung eingetroffen. Auch die Gerüchte von einem bereits vorliegenden Waffenstillstandsantrag können sich, wie mit Bestimmtheit versichert werden darf, auf keinerlei Tatsachen stützen. Es liegt aber auf der Hand, daß die österreichisch-ungarische Regierung, ehe nicht Friedensvorschlüsse der russischen Regierung ihr die Handhabe bieten, nicht aus eigenem vorgehen kann. Das Kabinett Lenin scheint selbst erst die Entscheidung in dem ausgebrochenen Bürgerkampf abzuwarten, ehe es sich in der Friedensfrage an das Ausland wendet, und jedenfalls wird die österreichisch-ungarische Regierung ihre Schritte gegenüber der neuen Situation nicht früher unternehmen können, als bis die neuen Machthaber in Petersburg selbst ihre Position für gesestigt genug erachten, um den Beschluss der Sowjets zur Ausführung zu bringen.

Wenn diese Voraussetzungen sich verwirklichen und eine aus den gegenwärtigen Kämpfen siegreich hervorgegangene russische Regierungsmacht mit einem Friedensantrag hervortreten sollte, dann kann die Deffinitivität darüber völlig beruhigt sein, daß die Monarchie unverzüglich das Einvernehmen mit ihren Verbündeten pflegen und gemeinsam mit ihnen auf das Angebot so antworten wird, wie es der bisherigen Friedenspolitik des Vierbundes und der bereits hervorgehobenen Tatsache entspricht, daß der Beschlussantrag des Kongresses eine annehmbare Grundlage für ernstliche Friedensverhandlungen bietet. Es ist an dieser Stelle schon gesagt worden, was von unserer Seite gegen diesen Beschluss eingewendet werden muß — es ist die von unserem Standpunkt unausweichbare Ausdehnung des Begriffes eines annektionslosen Friedens —, es ist aber, wie ebenfalls schon erwähnt, in dem Beschluss des Kongresses selbst angedeutet, daß die russischen Friedensvorschlüsse in der Fassung des Kongresses nicht als endgültig zu betrachten sind und daß Gegenvorschläge von unserer Seite geradezu erwartet werden. Es wäre verfrüht, über diesen Punkt jetzt schon eingehender zu sprechen. Man wird nicht über Einzelheiten mit einer Regierung polemisieren, von der man noch nicht weiß und die selbst noch nicht weiß, wann und ob sie überhaupt verhandlungsfähig sein wird.